

Verordnung statt Verfassung.

Drahmelbung der „Vossischen Zeitung“.

* Wien, 4. März.

Ministerpräsident Graf Clam-Martinich hat in dem großen Saale, das er seit drei Monaten verleiht, gestern seine erste Rede gehalten. Es ist für einen österreichischen Ministerpräsidenten jetzt schwer, eine Tribüne zu finden, um über die wichtigste, die Reglerungsfrage, zu seinem Volke zu sprechen. So sprach er in seinem Amtsgebäude zu einem Komitee von Damen und Herren, das sich bemüht, den Armen über die kurze schwere Zeit bis zur Eisfreiheit der Donau hindurchzuhelfen. Denn nach dem in Oesterreich und auch in Ungarn herrschenden System trifft die Einschränkung keineswegs alle gleich wie bei uns. Sie trifft den Armen weit schwerer, denn es gibt keine Fleischkarte. Das ganze Nahrungsproblem steht jetzt für Oesterreich — denn Ungarn ist ja versorgt — auf der rumänischen Einfuhr. Die vor treffliche Rede des Ministerpräsidenten zeigt das auch. Freilich ist er zunächst nur auf den Sommer hingesehen. Wenn er zurückkommt, will er nun wirklich die drei großen kaiserlichen Verordnungen erlassen: die böhmische Kreiseinteilung, die Staats sprache und die neue Geschäftsordnung für den Reichsrat, die nach den Wünschen der Deutschen endlich festgelegt werden sollen. Bis vorgestern waren diese Verordnungen noch unsicher, und bei den hiesigen Verhältnissen sind sie es noch, und doch sind sie nach langen Debatten allerneuestens wieder sehr wahrscheinlich geworden und sollen noch im März ergehen.

Ihre Wirkung ist noch zweifelhaft. Die Verordnungen werden nach ihrer Natur und nach der Natur des Mannes, der für sie verantwortlich zeichnet, weder die Deutschen noch die Tschechen ganz befriedigen können. Im Reichsrat dürften beide Teile darüber klagen. Jeder muß man sagen, daß die Deutschen an diesen schwierigen Umständen nicht ganz unbeteiligt sind. Sie sind es, die das Oktroi durchgesetzt haben. Sie hatten die bekannten Vereinbarungen mit dem Grafen Stürgkh, indem sie das Parlamentarische dem Nationalen aufzuopfern behaupteten, zuerst beraten. Nachdem es Roeders Entschluß war, durch keinerlei Oktroi Rechtsicherheit und Verfassung in einem Augenblick zu gefährden, wo sie ein Thronwechsel besonders wichtig machte, hat man unter der neuen Ära der Nationalverband zusammen mit den Nationalen und Christlich-Sozialen, gegen 200 Mann stark, das Oktroi von dem Ministerpräsidenten gefordert. Es scheint zunächst zweifelhaft, ob es politisch sehr klug war, in diesen Zeiten nationale Debatten zu veranlassen durch Maßregeln, die zwanzig Jahre lang debattiert worden sind. Auch ist es noch ungewiß, ob man diese Angelegenheit zu inneren politischen Dingen ausnützen sollte auf jede Gefahr.

Nun, da diese Form gewählt wird, in der erst gehandelt und nachträglich beraten wird, dürfte sich zeigen, daß beide Teile die Verantwortung ablehnen und sie einem Ministerpräsidenten aufladen werden, der, von den besten Absichten geleitet, unter dem Druck der größten Partei Zugeständnisse hat machen müssen. Diese Gedanken kann man jetzt bei den meisten Politikern verschiedener Richtung finden, auch bei einigen wenigen des Nationalverbandes. Diese Minorität glaubt weder an das Allheilmittel des Oktroi, noch daran, daß das Wesen dieser Völker stets sich in Zahlen bestimmen und verändern läßt, daß also durch das einfache Ausschneiden der Polen die gegenwärtige deutsche Majorität von einem Tage zum anderen auch zu einer Minderheit werden könne. Das Ausschneiden der galizischen Abgeordneten ist mit dem ganzen Problem der Sonderstellung Galiziens auf einige Zeit zurückgestellt worden. Die Folge aber ist, daß jene neue Geschäftsordnung, die die Deutschen binnen kurzem auf dem Wege der Verfassung als ihren Bleibenswunsch erfüllt sehen werden, leicht gegen sie gewendet werden kann. Denn wenn Polen und Tschechen zusammengehen, könnte die neue Geschäftsordnung gerade ihnen zugute kommen.

Emil Ludwig.